

Gutes tun und andere zahlen lassen



Vermeintlich Gutes tun, das wollten die „Flüchtlings“-helfer aus Mittelhessen. Am Bahnhof klatschen und verzückt Teddybären werfen, das reichte ihnen nicht. Einen syrischen „Flüchtling“ wollten die Gutmenschen importieren. Doch das sollte die Mitglieder der Flüchtlingshilfe Mittelhessen teuer zu stehen kommen, berichtet Focus online.

(Von Chevrolet)

2014 war es, noch vor dem Beginn der von Merkel angeschobenen massenhaften Einwanderung von Moslems aus aller Herren Länder nach Deutschland. Da kam den Hessen die Idee, man könne doch auf eigenen Faust einen „Flüchtling“ holen. In jener Zeit liefen schon, weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit, Bemühungen der Merkel-Regierung Syrer zu holen, die zu Verwandten kommen sollten. Und damit diese ein (damals noch erforderliches) Einreisevisum bekamen – inzwischen reicht das Stammeln des Wortes „Asyl“ für die Einreise -, mussten sich die Verwandten in Deutschland verpflichten, alle Kosten zu übernehmen. So funktioniert das auch, wenn ein deutscher Staatsbürger Freunde oder Verwandte aus einem Land einladen will, dessen Bürger ein Visum brauchen. Da müssen Einkommensnachweise vorgelegt werden, genügend Unterkunftsplatz nachgewiesen werden, eine Krankenversicherung. Im Grunde genommen kein Problem, allerdings verpflichtet sich der Einladende als Bürge alle Kosten zu übernehmen, bis hin zu einer Abschiebung.

Das dachten wohl auch die Naivlinge aus Mittelhessen und stellten sich als Bürgen für nach Germoney strebende Asylforderer zur Verfügung. Klaus-Dieter Groth von der Gruppe sagt: „Das Risiko war uns bewusst. Aber wir sind von einem überschaubaren zeitlichen Rahmen dafür von etwa einem Jahr ausgegangen. Sonst hätten wir das nicht so gemacht.“ Dieses Jahr sollte der „Flüchtling“ nutzen um Asyl zu beantragen und zu erhalten. Etwa 1000 Euro pro Monat und Person hatten die Gutmenschen kalkuliert. Das Land Hessen habe ihnen mitgeteilt, dass sie Verpflichtungserklärung nur bis zum Abschluss des Asylverfahrens gelte. Damit war man einverstanden.

Die Herrschaften aus Syrien wurden auch anerkannt, was aber natürlich nicht bedeutete, dass sie für ihren Lebensunterhalt selbst aufkommen wollten, denn das wäre ja mit Erlernen von Sprache und Arbeit verbunden gewesen. Stattdessen lässt man sich lieber vom Job-Center durchfüttern. Und das Geld dafür, etwa 800 Euro im Monat, will das Job-Center nun von den Bürgen zurück haben.

Entsprechend entsetzt sind die mittelhessischen Gutmenschen und regen sich natürlich auf. Den Behörden, die in der Angelegenheit unterschiedliche Rechts-Meinungen vertreten, machen die zahlenden Gutmenschen nun erhebliche Vorwürfe. Die Mitglieder der Gruppe hatten sich das so schön ausgedacht: Man holt auf eigenen Kosten jemand ins Land, und danach lassen wir die Allgemeinheit dafür bezahlen. Und wir erhalten dafür einen Heiligenschein. Stattdessen hätte man sich besser vorher einmal informiert, dann wäre den Hessen das wohl erspart geblieben. Nach einer Gesetzesänderung gelten die Verpflichtungserklärungen nur noch drei bis fünf Jahre.

„Pro Asyl“ hat natürlich eine klare Position dazu. Bernd Mesovic von Pro Asyl: „Der Staat kann kein Interesse daran haben, dass man Bürger, die aus humanitären Gründen gehandelt haben, möglicherweise in die Nähe des Ruins treibt.“

Jetzt hoffen die Hessen auf eine Entscheidung aus Berlin, denn

der Bund habe das Ermessen darüber auf Forderungen an die Verpflichtungsgeber zu verzichten, so das hessische Landesinnenministerium.